

Auszüge aus:



Freies Denken

Nr. 2, April 2001, 49. Jahrgang, 49. Jahrgang

Mitteilungsblatt des **Humanistischen Verbandes NRW**; ISSN 0947-3432

Körperschaft des öffentlichen Rechts; Interessenvertretung für Konfessionsfreie

Regine Hildebrandt für aktive Sterbehilfe

Erstmals offenes Plädoyer einer Politikerin für Sterbehilfe

Humanistischer Verband bietet Regine Hildebrandt Aufklärung und Hilfe an.

Dazu erklärt die Bundesbeauftragte für Patientenverfügung und Humanes Sterben, Gita Neumann: Der Humanistische Verband begrüßt, dass Regine Hildebrandt die Kraft gefunden hat, mit Ihrem Votum für aktive Sterbehilfe an die Öffentlichkeit zu gehen. Tragischerweise ist es ihre schwere Krankheit, die Anlaß gibt, dass sich erstmalig eine Persönlichkeit aus der deutschen Politik dazu bekennt. Es ist zu hoffen, dass im von ihr angekündigten Gespräch mit der Bundesjustizministerin zu diesem Anliegen die ideologischen Fronten aufgelockert werden können. Bisher hatte Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin jede Form der Verkürzung auch schlimmsten Leidens immer wieder mit Entschiedenheit abgelehnt. Sie beharrt darauf, dass mit hinreichender Schmerztherapie, hospizlicher Sterbebegleitung und einer christlichen Patientenverfügung alle Probleme gelöst werden könnten. Das ist aus Erfahrung des Humanistischen Verbandes Deutschlands nachweislich nicht der Fall. Der Humanistische Verband fordert, dass Schwerstkranken Sterbebegleitung sowie gleichzeitig Sterbehilfe auf ihren Wunsch hin anzubieten sind. Christen und Humanisten sollten sich zusammentun, um auf der Basis des Patientenwillens eine Praxis des Mitgeföhls auf den Weg zu bringen. Die Freigabe der ärztlichen Tötung, wie dies in den Niederlanden der Fall ist, sollte dabei nicht der deutsche Weg sein. Auch unterhalb dieser Schwelle bestehen Möglichkeiten der legal zulässigen Sterbehilfe. Ein friedliches Hinüberdämmern mit beschleunigtem Tod ist zum Beispiel durch eine Kombination von Morphinum mit starken Beruhigungsmitteln oder durch andere Medikamente durchaus möglich. Der Humanistische Verband hat Frau Hildebrandt dazu Aufklärung und Hilfestellung angeboten.

Presseerklärung des **HVD-Bundesvorsitzenden Rolf Stoeckel, MdB**

Betr.: Aktive Sterbehilfe/ Stern-Interview Regine Hildebrandt vom 22.02.2001

Als Mitglied des Bundestages und Bundesvorsitzender des Humanistischen Verbandes Deutschlands bewundere ich den Mut Regine Hildebrandts, öffentlich über ihre Krankheit zu sprechen und ich unterstütze ihre Forderung nach einer menschenwürdigen Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe in Deutschland, die Missbrauch ausschließt, ausdrücklich.

Die strikte Ablehnung der Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin, das Thema "Aktive Sterbehilfe" neu zu überdenken, bedeutet für viele Schwerstkranke, dass sie mit unmenschlichem Leiden, unter Missachtung ihres ausdrücklichen, persönlichen Willens, letztlich ohne Hilfe bleiben. Es bedeutet auch, dass Ärzte und Angehörige in bestimmten Fällen weiter in einer Grauzone der Rechtsunsicherheit handeln werden.

Diese Grauzone beschreibt Däubler-Gmelin selbst, wenn sie sagt, "es sei zwar ärztliche Pflicht, Patienten schmerzfrei zu stellen, auch wenn sie wüssten, dass dies Leben verkürze", dagegen aber "kein Recht bestünde, eine Giftspritze zu nehmen und Leben zu beenden."

Einer rechtsstaatlichen und pluralistischen Gesellschaft würdig wäre eine verantwortungsbewußte Diskussion in Öffentlichkeit, Ethikräten und Parlamenten über legale Sterbehilfe als "ultima ratio", d.h. Straffreiheit in Einzelfällen mit klaren, überprüfbaren Regeln.

Die niederländische Regelung muss nicht so in Deutschland übernommen werden. Sie zu verteufeln und sich über unsere zivilisierten, demokratischen Nachbarn derart moralisch zu erhöhen, halte ich allerdings für bedenklich. Die Tabuisierung des Themas aufgrund der Nazi-Verbrechen in Deutschland festzuschreiben, halte ich für falsch, weil sie für einzelne Patienten inhumane und unbarmherzige Folgen hat.

Mit vielen Bürgern und Fachleuten, darunter Christen und Humanisten, bin ich einig, dass eine optimale Schmerztherapie in der Palliativmedizin und eine menschenwürdige Sterbebegleitung unter Respektierung des individuellen Patientenwillens auch weiterhin im Mittelpunkt unserer aller Bemühungen stehen müssen.

Praktische Hilfe und Rechtssicherheit beim Sterben auch in Deutschland

Der Humanistische Verband fordert, dass auch in Deutschland Sicherheit für Patienten und Ärzte geschaffen werden muss, wenn es um Hilfe zum und beim Sterben geht. "Nichts ist schlimmer, als eine Kriminalisierung ärztlichen Tuns oder Unterlassens, wenn es den ausdrücklichen Wünschen eines Todkranken entspricht", urteilt die Bundesbeauftragte des Verbandes für Humanes Sterben und Hospiz, Gita Neumann. Die Forderung nach Rechtssicherheit muß dabei keineswegs dem Niederländischen Weg folgen, den der Humanistische Verband für Deutschland nicht für erstrebenswert ansieht. Hierzulande bestehen vielmehr folgende gravierende Strafbarkeitsrisiken für den Arzt, die eine zukünftige gesetzliche Regelung im Sinne der Patientenselbstbestimmung zu regeln hätte: Auch ein Abbruch einmal bereits eingeleiteter Maßnahmen, deren Unterlassen an sich nicht rechtswidrig wäre, zieht den Vorwurf der "aktiven Sterbehilfe" auf sich. Und dies gerade auch dann, wenn sie nur noch sinnlos gewordene Leidensverlängerung bedeuten oder gar gegen den erklärten Willen eines Sterbewilligen verstoßen.

Deutsche Gerichte in Frankfurt, München, Duisburg und anderswo haben zu dieser Problematik, besonders wenn es um die dauerhafte künstliche Ernährung geht, unterschiedlich und zum Teil widersprüchlich entschieden. Diese Unsicherheit ist für alle Beteiligten, auch für die Angehörigen, unzumutbar. Auf der anderen Seite zieht selbst die großzügige Schmerztherapie und ein vom Sterbenden gewünschtes friedliches Hinüberdämmern mit Morphium u. U. rechtlich relevante Vorwürfe nach sich. Entschiedene Gegner der sogenannten "aktiven Sterbehilfe" sollten besser bedenken, dass in der Praxis die Grenzen zu diesen ethisch gebotenen und hierzulande auch erlaubten Formen der passiven und indirekten Sterbehilfe fließend und alles andere als eindeutig sind. Es hilft schwerkranken, sterbenden und leidenden Patienten insofern nicht, wenn auf dem Feld der Sterbehilfe ideologische Gegensätze ausgetragen werden. Außerdem gebietet es die Toleranz gegenüber unserem Nachbarland, dass dort getragen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens andere ethische Akzente gesetzt werden. In den Niederlanden ist damit weder im Unterschied zu Deutschland die Barbarei ausgebrochen noch sind die dortigen Ärzte als amoralisch oder gar besonders tötungswillig zu diffamieren.

Archivierung der Patientenverfügungen

Die bei uns im Regionalbüro Wuppertal archivierten Patientenverfügungen werden zur weiteren Verwaltung an unsere Bundeszentralstelle in Berlin abgegeben.

Dieser Schritt wurde notwendig, da in Wuppertal die immer umfangreicher werdenden Arbeiten der Kontrolle und Aktualisierung der Dokumente ehrenamtlich nicht mehr geleistet werden können.

Die Berliner Bundeszentralstelle wird demnach bundesweit alle beim HVD und seinen Landesverbänden abgeschlossenen Patientenverfügungen verwalten. Dadurch können wir den Vorteil einer bundeseinheitlichen Adresse und Notrufnummer gewährleisten.

Für Beratungen und Abschlüsse stehen Ihnen in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich weiterhin geschulte ehrenamtliche Berater und Beraterinnen zur Verfügung.

Wünschen Sie die Zusendung des Fragebogens für die Erstellung einer Patientenverfügung wählen Sie (0231 527248).

Außerordentliche Landesversammlung **am 03. Oktober 2001**

Die außerordentliche Landesversammlung ist nötig, weil eine neue an die Umstellung auf den Euro angepasste Beitragsordnung verabschiedet werden muss.

Darüber hinaus ist eine Neubewertung von Ortsgemeinschaften und Bezirken notwendig.

Eine Verfassungskommission arbeitet z.Zt. an einem Änderungsvorschlag, der rechtzeitig allen Delegierten zur Verfügung gestellt wird.

Termine auf Bundesebene

15.-17.06. Strategie-Wochenende des Bundesvorstands in Hannover

14.07. Treffen der "Ratschlagkommission zum Humanistischen Selbstverständnis in Berlin

07.-09.09. Frauenseminar: "Der HVD und seine Frauen. Das könnte doch alles so schön sein", Baitz/Bbg.

14.09. Humanistische Akademie zum Thema Bioethik in Berlin

11.-13.10. Bioethik-Fachtagung in Berlin

20./21.11. Sprecherseminar zum Thema "HOCHzeit" in Hannover

09.-11.11. Bundesdelegiertenversammlung

01./02.12. Humanistischer Aufbruch II: Säkularisierung in Deutschland

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter (0231 527248.

Veranstaltungen - Diskussion

in Dortmund

***Donnerstag, 26.04., 19.00 Uhr: Intifada - Ein Volk wehrt sich
(Hintergrund- und Erfahrungsbericht)**

Referentin: Dr. Victoria Waltz, Uni Dortmund

***Sonntag, 29.04., 10.30 Uhr: Muss wegen AIDS das Thema
Gentechnik anders gesehen werden?**

Arbeitskreis Humanistisches Selbstverständnis

***Dienstag, 22.05., 19.00 Uhr: Zwangsarbeiter in Dortmund -
Hintergrundinformationen zum Zwangsarbeitergesetz**

Ref.: Dieter Knippschild, Stadtarchiv Dortmund

Sie sollten sich diese interessanten Vorträge und die sich daraus ergebenden Diskussionen nicht entgehen lassen. Interessenten, Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen.

Treffen mit holländischen Humanisten

Zu einem Arbeitsgespräch mit Holländischen Humanisten trifft sich der Bundesvorstand des HVD am 06./07. April in Nordrhein-Westfalen.

Erörtert werden sollen Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Fortsetzung bestehender gemeinsamer Projekte.

Eine häufig gestellte Frage möchten wir an dieser Stelle gern beantworten.

Ich bin Mitglied im Humanistischen Verband. Wenn ich einmal sterbe soll ein Sprecher oder eine Sprecherin des HVD eine würdevolle Trauerfeier gestalten. Müssen meine Hinterbliebenen eine Gebühr für den Sprechereinsatz entrichten?

Die Antwort ist: Nein.

Der Humanistische Verband NRW stellt den humanistischen Sprecher bzw. die humanistische Sprecherin seinen Mitgliedern, trotz der neusten Gebührenerhöhung, kostenlos zur Verfügung.

In der Regel übernehmen die zuständige Ortsgemeinschaft und der Landesverband gemeinsam die anfallenden Gebühren. Für Nichtmitglieder beträgt diese je nach Entfernung des Ortes der Trauerfeier DM 220 - DM 300. Die zusätzlich entstehenden Aufwendungen für einen **Hausbesuch** des Sprechers oder der Sprecherin **müssen wir jedoch in Rechnung stellen**.

Unsere ausgebildeten Sprecher und Sprecherinnen erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit lediglich eine Aufwandsentschädigung und die Erstattung der tatsächlichen Fahrt- und Telefonkosten.

Seminarankündigung

Die Welt, in der wir leben (müssen?)

Analyse der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik von heute

Wochenendseminar vom 31.08.- 02.09.2001 in der Alfred-Nau-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergegnungstadt.

Folgende Themenstellungen hat der Referent Hans Querengaesser vorgesehen: Schöne neue Welt oder Turmbau zu Babel; (Wo) ist der Kapitalismus noch kritisierbar?

(Neun) Neue Gesellschaftskonzepte im Vergleich; In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?

Politische Kultur, Demokratie und Parteien in Deutschland. Brüche - Gefährdungen - Reformmöglichkeiten.

Wo liegen die Einfallstore eines rechten Populismus? Strategien der Abwehr.

Seminarkosten incl. Übernachtung und Vollverpflegung DM 100,00/Nichtmitglieder DM 110,00

Anmeldungen bis zum 13.08. bei Jürgen Czerlitzki (0202 754234

Humanistische JugendFEIERN 2001

Aufgeregt sitzen sie da und wissen nicht was auf sie zukommt. Eine total heterogene Gruppe angehender Jugendlicher hat sich zusammengefunden, um am ersten Vorbereitungstreffen für die im Mai stattfindende Humanistischen JugendFEIER in Dortmund teilzunehmen.

Wie immer in den letzten Jahren versuchen wir bei den ersten Zusammenkünften, so etwas wie ein Gruppengefühl zu vermitteln und das haben wir letztlich auch immer geschafft. Schließlich treffen wir uns in den nächsten Wochen noch einige Male.

In diesem Jahr wollen wir die TeilnehmerInnen auf ihre wachsende Verantwortung für die Umwelt, die Demokratie, den Frieden, die Familie und für sich selbst vorbereiten. Dazu werden wir in den Wald gehen, die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache besuchen und gemeinsam Geschichten lesen und erzählen.

So oder ähnlich wird es in allen Orten zugehen, an denen der Humanistische Verband NRW seine traditionelle JugendFEIER ausrichten wird.

Es würde uns freuen, wenn Sie als interessierte Besucher an einer dieser Veranstaltungen teilnehmen würden

Am Sonntag, 06. Mai, 10.30 Uhr in Bielefeld in der Ravensberger Spinnerei. Kontakt und Eintrittskarten: Eheleute Korte/Honsberg, (05208 951933

Am Sonntag, 06. Mai, 10.30 Uhr in Mülheim a.d.R. in der Aula des Berufskolleg Stadtmitte (ehem. Berufskolleg Kluse), Kluse 24-42. Kontakt und Eintrittskarten: Heiko Heckes (0203 2982440

Am Samstag, 12. Mai, 15.00 Uhr in Hagen-Haspe in der Aula der Gesamtschule. Kontakt und Eintrittskarten: Herbert Wils, (02331 43623

Am Sonntag, 13. Mai, 10.30 Uhr in Wuppertal-Ronsdorf in der Aula der Erich-Fried-Gesamtschule, An der Blutfinke. Kontakt und Eintrittskarten: Jürgen Köster (0202 4604555

Am Sonntag, 20. Mai, 10.30 in Dortmund in der Aula des Max-Planck-Gymnasiums, Ardeystr. 70. Kontakt und Eintrittskarten: Landesgeschäftsstelle (0231 527248

Wir grüßen unsere neuen Mitglieder

*Drobel, Gerhard

*Finkenberger, Martin

*Gottfried, Willi

*Hänel, Hans

*Lückhoff, Barbara

*Möller, Detlef

*Noetzel-Gray, Valerie

*Tanck. Gerda

*Wiedenlübbert, Matthias

Experten warnen vor dem Klonen

Wissenschaftler aus Großbritannien und Israel haben eindringlich vor geplanten Versuchen zum Klonen von Menschen gewarnt. Bei dem gegenwärtig unausgereiften Stand der Biotechnik sei es unverantwortlich und kriminell, Menschen zu kopieren, sagte der schottische Genforscher und Schöpfer des Klon-Schafs "Dolly", Ian Wilmut.

Unterdessen meldet ein Nachrichtenmagazin, in Israel solle in absehbarer Zeit "der erste geklonte Mensch" geboren werden. "Klonen ist in Israel nur für therapeutische Zwecke erlaubt", sagte dagegen der Experte für künstliche Befruchtung am Jerusalemer Hadassa-Krankenhaus, Neri Laufer. Der Mediziner warnte zudem von nicht voraussehbaren Komplikationen beim Klonen von Menschen. Geklonte Tiere zeigten ein viel schnelleres Altern als "normale" Artgenossen. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins will der umstrittene italienische Frauenarzt Severino Antinori mit einem Wissenschaftlerteam in Israel die Voraussetzungen zum Klonen von Menschen schaffen.

Das Zitat

"Es darf nicht passieren, dass Kirchen vom EU-Recht dazu gezwungen werden, Atheisten in ihren Dienst zu nehmen."

Ingo Friedrich (CSU), Vizepräsident des Europaparlaments, zur EU-Grundrechtscharta.

Schulgottesdienst keine Pflicht für alle Kinder

Eine konfessionslose Mutter aus NRW konnte es kaum glauben, was ihre Tochter berichtete:

Zum Ende der Grundschulzeit lud der Klassenlehrer alle Kinder seiner 4. Klasse zum Abschlussgottesdienst am Schultag in die Kirche ein. Das Mädchen, da - wie der Lehrer wusste - weder einer Kirche angehört, noch am Religionsunterricht teilnimmt, fragt nach: "Müssen da alle Kinder hin?" "Ja, alle", so der Lehrer.

Die Mutter hielt es für ein Missverständnis und fragte bei nächster Gelegenheit beim Lehrer nach: "Meine Tochter hat sich doch sicherlich verhört, dass alle Kinder zum Gottesdienst müssen?" Doch der junge Lehrer bestätigte: "Doooch, ist doch Abschlussgottesdienst."

Worauf der erstaunte Pädagoge über die grundgesetzlichen Rechte von Religionsfreien und Andersgläubigen aufgeklärt wurde, damit er's für die Zukunft besser weiß...

F Art. 136 (4) Weimarer Reichsverfassung (über Art. 140 GG Teil des Grundgesetzes).

"Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden."

(Aus IBKA-Rundbrief Dezember 2000)

Niemals vergessen

Die Gedenkstunde für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft findet am Karfreitag, 13. April um 15.00 Uhr am Mahnmal in der Dortmunder Bittermark statt.

Es sprechen Marianne Wendzinski, Bürgermeisterin; Gisa Marschefski, Generalsekretärin des Internationalen Rombergpark-Komitees; Dr. Henry Brandt, Landesrabbiner von Westfalen-Lippe; Jean-Louis Forest, Präsident des französischen Verbandes der Zwangs- und Arbeitsdeportierten Frankreichs.

Sekte kommt erneut auf den Prüfstand

Das Verfassungsgerichtsurteil zu den Zeugen Jehovas hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst.

Während der kirchenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Hermann Kues, erklärte, es sei "eine Katastrophe, wenn die Zeugen Jehovas als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt würden", hielten sich die großen Kirchen bedeckt. Die Evangelische Kirche könne mit dem Urteil, das die Religionsfreiheit betont, leben, sagte ein EKD-Sprecher.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte der Sekte 1997 die Anerkennung als - mit erheblichen Privilegien versehene - Körperschaft verwehrt (Freies Denken berichtete darüber). Dieses Urteil hob der Zweite Senat in Karlsruhe nun auf und verwies die Sache zurück ans Bundesverwaltungsgericht.

Eine Religionsgemeinschaft, die Körperschaft sein wolle, müsse geltendes Recht beachten, so die Karlsruher Richter. Zudem dürften die Grundrechte Dritter nicht verletzt werden. Jetzt muss erneut geprüft werden, ob dies bei den Zeugen Jehovas gewährleistet ist: Ihnen wird von Sektenexperten vorgeworfen, "Aussteiger unter Druck zu setzen und grundrechtswidrige Erziehungspraktiken zu propagieren." Als weniger bedeutend sah es das Gericht an, dass die Zeugen Jehovas die Teilnahme an Wahlen sowie den Wehrdienst ablehnen. Dies sei nicht dazu geeignet, den Staat in seinen Grundfesten zu gefährden.

Der Wortlaut des Bundesverfassungsurteils liegt in der Landesgeschäftsstelle vor.

Denket selbst! Ausstellung zur Geschichte des Unterrichtsfaches Lebenskunde

Bei einem Besuch unserer Hauptstadt Berlin sollten Sie sich nicht die o.g. Ausstellung entgehen lassen.

Noch bis zum 31. Mai 2001 ist sie im Heimatmuseum Treptow, Sterndamm 102, Berlin zu sehen.

Auf mehreren professionell gestalteten Tafeln wird die Geschichte des Faches Lebenskunde vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart anschaulich gezeigt.

Bemerkenswert

Es ist schon ein historischer Moment: Ende Februar 2001 hat die erste Ergänzende Prüfung im Studienfach "Humanistische Lebenskunde" erfolgreich stattgefunden. Der erste Studiengang der Ergänzungsausbildung zum Lebenskundelehrer steht in Berlin gegenwärtig im Examen. Wir werden über die Ergebnisse in der nächsten Ausgabe berichten.

2001 - Internationales Jahr der Freiwilligen

Wie bereits berichtet wollen wir das Projekt VISITE in Dortmund und Umkreis einrichten. Dabei möchten wir zuerst an unsere alten und kranken Mitglieder denken. Dafür suchen wir noch ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die beim Aufbau eines regelmäßigen Besuchsdienstes mithelfen wollen.

...und sonst:

Dirk Bach (39) Schauspieler, steht bei seiner neuen Fernsehrolle als Franziskanermönch vor Problemen: Er darf nicht in katholischen Kirchen drehen. "Seit ich aus der Kirche ausgetreten bin, habe ich dort Drehverbot", sagt der 39jährige. Bach soll einen kriminalistisch versierten Mönch mimen.

Udo Jürgens (66), Musikstar, glaubt nicht an Gott. "Der Beschützer existiert nicht. Wir müssen auf uns selbst aufpassen", sagte Jürgens. Er selbst sei im Alter von 28 Jahren aus der evangelischen Kirche

ausgetreten. "Ich glaube nicht, dass wir Menschen es verdient hätten, unsterblich zu sein im Jenseits", sagte Jürgens. Er könne sich nicht vorstellen, dass etwa dem Mörder der zwölfjährigen Ulrike alle Sünden verziehen werden. "Ich will mit solchen Leuten nicht im Jenseits zusammensitzen."

Rolf Stöckel (43), Bundesvorsitzender des Humanistischen Verbandes Deutschlands und Bundestagsabgeordneter gab in seiner Lieblingskneipe in seinem Heimatort Bönen ein Benefizkonzert mit Klampfe und Mundharmonika zugunsten antirassistischer Initiativen in seiner Heimatregion.

Hinsichtlich der Kandidatur des CDU-Generalsekretärs Laurens Meyer in seinem Wahlkreis äußerte sich Rolf Stöckel: "Ich freue mich auf einen in der Sache harten, aber persönlich fairen Wahlkampf und erkläre daher vorbeugend, dass ich mich bereits als Kind vom gewalttätigen Inhalt des Kinderbuches 'Struwelpeter' distanziert habe."

Glauben in Deutschland

Zahlen aus 1998

Evangelische Kirche	27.100.000	33,04 %	
Katholische Kirche	27.000.000	32,92 %	
konfessionsfrei	22.558.300	27,50 % *)	
Muslime	3.200.000	3,90 %	
Orthodoxe Kirchen	1.200.000	1,46 %	
Neuapostolische Kirche	400.000	0,49 %	
Zeugen Jehovas	166.000	0,20 %	
Baptisten	87.000	0,11 %	
Juden		84.000	0,10 %
Ev-methodistische K.	66.000	0,08 %	
Methodisten		64.000	0,08 %
Ev-Lutherische Kirche	40.000	0,05 %	
Mormonen		36.000	0,04 %
Herrnhutter		7.200	0,01 %
Apostolische Gemeensch.		7.000	0,01 %
Mennoniten		<u>6.500</u>	0,01 %
Gesamtbevölkerung	82.022.000		

Quelle: Westf. Rundschau aus EZ, EKD, Zentralrat der Juden, Islamrat

*) ermittelt durch Abstraktion (Red. Freies Denken)

"Größtes Gefängnis der Welt"

Palästinensergebiete stehen vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch

Internationale Hilfsorganisationen verteilen im Gazastreifen Lebensmittel an hunderttausende Palästinenser. Sprecher der Welt-Hungerhilfe, der Flüchtlings-Organisation UNWRA und anderer Gruppen warnen vor einer Katastrophe. Sie sehen fünf Monate nach dem Beginn des blutigen Aufstands gegen Israel die Palästinensergebiete vor dem völligen Zusammenbruch, die israelische Blockade-Politik habe die Volkswirtschaft im Westjordanland, vor allem aber im Gazastreifen völlig zerstört.

Ein Drittel der Gesamtbevölkerung lebt unter der offiziellen Armutsgrenze von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Nur wenige tausend Menschen erhalten in diesen Tagen in den Palästinensergebieten überhaupt noch Gehälter oder Lohn. Die monatelange Aussperrung von mehr als 120.000 Palästinensern von ihren Arbeitsplätzen in Israel zeigt Wirkung.

Schlimmer als die wirtschaftliche Not ist für die meisten Menschen im Gazastreifen der Druck und die Einengung der Bewegungsfreiheit durch die israelische Besatzung.

"Für mich ist der Gazastreifen das größte Gefängnis der Welt", meint der Journalist Saud Abu-Ramadan. Früher konnte er regelmäßig das kleine Gebiet verlassen, doch seit Beginn der Intifada haben die israelischen Behörden ihm die Akkreditierung entzogen.

Entnommen einer dpa-Meldung die am 02.03.01 in den Ruhr-Nachrichten abgedruckt worden ist.

Auf Grund unserer unrühmlichen Vergangenheit scheint es heute kaum möglich zu sein, objektiv über das israelische Vorgehen in den besetzten Gebieten zu berichten. Schnell werden Kritiker in eine antisemitische Ecke gedrängt.

Humanisten dürfen, nein müssen, immer dort den Finger auf die Wunde legen, wo Menschenrechte vor dem Hintergrund religiöser Auseinandersetzungen verletzt werden.

Die israelische Führung läßt sich immer häßlichere Schikanen einfallen. So wurden Ende letzten Jahres Jahrhunderte alte Olivenplantagen, für viele palästinensische Bauern die Existenzgrundlage, dem Erdboden gleich gemacht.

Über dieses und vieles andere mehr an unmenschlichen Handlungen der Israelis an der Palästinenserbevölkerung kann die Uni-Dozentin Dr. Victoria Waltz berichten, die zwei Jahre lang als Raumplanerin dort tätig war.

Die Veranstaltung unter dem Titel: "Intifada - Ein Volk wehrt sich" findet am 26. April in der Küberstr. 1/Löwenstr. statt.

Unterstützen Sie die "diesSEITS"

54 Ausgaben der **Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung "diesSEITS"** sind in den letzten 14 Jahren ihres Bestehens hergestellt worden. Der Einzelpreis dieser wichtigen Zeitschrift für den Humanistischen Verband Deutschlands beträgt DM 6,00 und erscheint 4 mal im Jahr. Abonnenten entrichten DM 20,00 plus Versandkosten.

Bitte unterstützen Sie den Fortbestand von diesSEITS durch ein Abo. Fordern Sie ein Werbeexemplar an oder bestellen Sie Ihr Abo bei HVD, Landesverband Berlin, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin oder (030

61390431.

Zur Erklärung des Landtagspräsidenten zur Pogromnacht

Nur ein redaktioneller Fehler (?) !

In unserer letzten Ausgabe von Freies Denken zitierten wir aus "*Landtag intern*", Jgg. 31; Ausg. 19 v. 29.11.00 die Rede des Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt vom 09.11.2000 und einen Brief unseres Präsidenten Rolf Stöckel an den Landtagspräsidenten.

Herr Schmidt antwortete am 12.01.01:

"Ich bedanke mich für Ihren Brief, in dem Sie mir gegenüber Ihr Unverständnis bezüglich der Passage meiner Rede vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 9. November 2000 zur Erinnerung an die 'Reichspogromnacht' ausdrücken und zitieren wie folgt: 'Die Respektlosigkeit vor dem Heiligtum, der sich gegen eine Minderheit austobende *Atheismus* waren das unübersehbare Symbol des Umstoßens aller Werte.'

Ich übersende Ihnen in Kopie einen Auszug aus dem Plenarprotokoll des Landtags, aus dem hervorgeht, dass ich nicht 'Atheismus' sondern 'Antisemitismus' ausgeführt habe, so dass es sich also um einen reinen Übermittlungsfehler handelt.

Mir lag und liegt es fern, Menschen, die anders denken und anders glauben, zu diffamieren und bin überzeugt, dies durch mein politisches Handeln auch jeweils zum Ausdruck zu bringen. Als bekennender Christ bin ich dabei der festen Überzeugung, dass Nächstenliebe und Toleranz am besten geeignet sind, ein friedfertiges Miteinander zu leben.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für das Neue Jahr bin ich Ihr Ulrich Schmidt."

Alles nur ein redaktioneller Fehler ?

Dieser sinnentstellende Fehler ist um so gravierender, da viele (alle?) Schulen die in "Landtag intern" abgedruckte Rede für den Unterricht zur Verfügung gestellt bekommen haben.

Wir gehen noch davon aus, dass es sich um einen bedauernswerten aber schwer zu entschuldigenden Übertragungsfehler gehandelt hat und haben die Landtagsverwaltung aufgefordert, umgehend dafür zu sorgen, dass der selbe Verteiler eine Berichtigung des Textes zugesandt bekommt. dg

"Ich kriege immer noch Lampenfieber"

Samstag, 16. Dezember 2000, 7.45 Uhr: Peter Jaszcyk (57), Betriebsratsvorsitzender der Bochumer Opel-Werke wird nervös. Der Puls beginnt zu rasen, die Hände zittern. Kein Zweifel: der Mann hat Lampenfieber - wie immer 15 Minuten vor Beginn einer Betriebsversammlung.

6.000 Opel-Mitarbeiter sitzen in der Dortmunder Westfalenhalle. "Seit vier Jahren bin ich Betriebsratsvorsitzender, dies ist meine 16. Betriebsversammlung, und doch hab ich immer noch Lampenfieber."

Dennoch sprach er, wie jedes mal, frei, allenfalls ein paar Stichworte waren auf einen Zettel geschrieben. Er weiß längst, was er seinen Kollegen zu sagen hat in diesen schweren Zeiten, da Opel 1.700 Arbeitsplätze abbauen will.

Das Amt des Betriebsratsvorsitzenden lasse wenig Zeit für Freizeit, fresse häufig selbst die Wochenenden. Nur gut, dass seine Frau stets so viel Verständnis gezeigt habe: "Meine Kinder haben nicht viel von mir gehabt. Hoffentlich kann ich das bei meinen Enkeln wieder gutmachen."

Aber noch denkt er nicht ans Aufhören. Bis zur nächsten Betriebsratswahl 2002 möchte er auf jeden Fall weitermachen und für einen geschlossen auftretenden Betriebsrat sorgen.

Peter Jaszczyk ist in Essen geboren, in Bottrop aufgewachsen und dort heute noch wohnhaft. Seit 1957 gehört er der Gewerkschaft an, als er seine Lehre bei Krupp machte. 1962 ging er zu Opel.

Seit 1976 ist er Mitglied im Humanistischen Verband NRW, kann also in diesem Jahr auf 25jährige Mitgliedschaft rückblicken.

Humanist zu sein bedeutet für ihn in erster Linie, sich für die Kollegen, für die Menschen im Betrieb einzusetzen.

Konkret plädiert er im Moment für eine Art Service-Park, in dem Opel und die Zulieferer zusammenarbeiteten. In diesem Park könnten - zu Opel-Konditionen - jene Opelaner beschäftigt werden, die sonst etwa in den Vorruhestand geschickt würden.

Kirchgeld beschlossen !

In zweiter Lesung hat der Landtag am 14.02. das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande NRW angenommen.

Frank Sichau (SPD) führte zum Ziel der Gesetzesänderung aus, es gehe im Wesentlichen um eine Verbreiterung der Finanzbasis durch dieses besondere Kirchgeld, "insbesondere für evangelische Kirchen in Nordrhein-Westfalen - und zwar auch mit Unterstützung der katholischen Kirche und der jüdischen Kultusgemeinden". Aufgrund der historischen Entwicklung hätten die Kirchen diese Gesetzesänderung vom Landtag erwarten können. Das Ganze geschehe durch eine Erhebung des faktischen Mindestbeitrags von Mitgliedern mit Familieneinkommen.

Volkmar Klein (CDU) stellte fest: "Es geht nicht um die Kirchensteuer." An diesem System wolle niemand rütteln. Aber es gebe in diesem System einige Punkte "mit einer Gerechtigkeitslücke". Es gehe allein um den Fall, "in dem nicht kirchensteuerpflichtige und gut verdienende Ehepartner überhaupt nichts bezahlen müssen, obwohl der andere Ehepartner Mitglied der Kirche ist und beide die Leistungen der Kirche in Anspruch nehmen".

Joachim Schultz-Tornau (FDP) bekannte, er stimme - anders als manche Mitglieder seiner Fraktion - dem Gesetzentwurf zu, aus Respekt vor unserer Verfassung und vor der Aufgabentrennung zwischen Staat und Kirche. Der Sprecher räumte jedoch ein, es könne bei anderen Zweifel geben, ob das Kirchgeld mit dem bürgerlich-rechtlichen System vereinbar sei und ob nicht durch die Hintertür am Ende doch derjenige haftbar gemacht wird, der aus der Kirche ausgetreten ist.

Sylvia Löhrmann (Grüne) sah eine klare Mehrheit für das Gesetz in ihrer Fraktion. Die Kirchen hätten so etwas wie einen Rechtsanspruch; das Kirchgeld sei in fast allen anderen Bundesländern eingeführt. Die Kirchen leisteten wichtige Arbeit, für die sie unterstützt werden müssten. Der Landtag entscheide nicht über das Kirchgeld, "wir schaffen den gesetzlichen Rahmen, und die Kirchen entscheiden in ihrer Verantwortung, ob sie von diesem Recht Gebrauch machen".

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die Kirchen unverzichtbare Dienste leisteten. Sie erhielten durch den im Entwurf enthaltenen Bezug auf das Einkommensteuerrecht eine Teilkompensation bei Steuersenkungen und Steuerminderungen. Die Landesregierung sei der Meinung, "dass das Kirchgeld verfassungsrechtlich durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abgesichert ist".

Veranstaltungstermine

Der Arbeitskreis Humanistisches Selbstverständnis trifft sich am Sonntag, 29. April, (Thema: Muss wegen AIDS das Thema Gentechnik anders gesehen werden?) 11. Mai und 11. Juni jeweils um 10.30 Uhr in der Küpferstr. 1 in Dortmund.

Interessenten und Gäste sind herzlich eingeladen.

Veranstaltungstermine im Juni und nach den Sommerferien teilen wir Ihnen auf Anfrage gerne mit.